



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: Petra.Kramp@stadt-koeln.de

Datum: 04.07.2016

Niederschrift

über die **23. Sitzung des Rates (Sondersitzung zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2016/17)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem **30.06.2016**, 09:10 Uhr bis 12:49 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Aymaz, Berivan; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Beckamp, Roger; Benthem van, Henk Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Haug, Jochen; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Rabenstein, Svenja; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Rottmann, Hendrik; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; von Wengersky, Alexandra Gräfin; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Zöllner, Reinhard Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dresler-Graf, Margret; Gordes, Birgit; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Schultes, Monika; Wolter, Andreas Bürgermeister; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister/in

Hupke, Andreas Bezirksbürgermeister; Homann, Mike Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister; Thiele, Markus Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Steinkamp, Dieter Dr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass sie, bevor die heutige Tagesordnung besprochen werde, zunächst auf die aktuellen Geschehnisse, die sich in der Partnerstadt Istanbul ereignet haben, eingehen wolle. Die Oberbürgermeisterin äußert ihre tiefe Betroffenheit darüber, dass die türkische Partnerstadt Istanbul Ziel eines barbarischen Terrorakts geworden sei. Sie erklärt, dass sie bereits gestern ihrem Amtskollegen – Oberbürgermeister Kadir Topbas – im Namen der Stadt Köln ihre tiefe Anteilnahme ausgesprochen habe.

Die Oberbürgermeisterin erläutert, dass es im Zusammenhang mit dem bevorstehenden CSD in Köln eigentlich ihre Absicht gewesen sei, auf die Vorkommnisse des letzten Wochenendes hinzuweisen, die sich in Istanbul abgespielt haben. Dort sei die inhaltlich gleich gelagerte Veranstaltung „Istanbul-Pride“ aus Sicherheitsgründen kurz-

fristig verboten worden. Die Menschen, die dennoch auf die Straße gingen, um gegen Diskriminierung und für Akzeptanz zu demonstrieren, wurden mit massiver Polizeigewalt daran gehindert, ihre Anliegen vorzubringen. Bürgermeister Wolter, der sie in Istanbul vertreten habe, war Augenzeuge des Geschehens.

Die Oberbürgermeisterin unterstreicht, dass sich die Stadt Köln auch in Zukunft gegen Homophobie, für Akzeptanz und Menschenrechte in Partnerstädten einsetzen werde.

Die Oberbürgermeisterin erklärt, dass mit Rücksicht auf die Opfer des Attentats das Gedenken an die Betroffenen im Vordergrund stehe. (Der Rat erhebt sich von seinen Plätzen, um der Opfer zu gedenken).

- I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Poettgen, Herrn Götz und Frau Berivan vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 7.2 Beschluss der BV Porz vom 14.06.2016: Stadtverschönerung in den Bezirken
2194/2016
(zugesetzt)

- 10 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt
1992/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1190/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1263/2016

Absetzungen:

- 7.3 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln
0413/2016

- III. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, wie in den Haushaltssitzungen üblich und entsprechend der Geschäftsordnung möglich, die Redezeit zu ändern und für die Sitzung wie folgt festzulegen:

- für die Fraktionen von SPD und CDU jeweils bis zu 25 Minuten,
- für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bis zu 20 Minuten,
- für die Fraktion Die Linke. und die FDP-Fraktion jeweils bis zu 15 Minuten,
- für die AfD-Fraktion bis zu 12 Minuten
- für die Gruppen und den Einzelmandatsträger bis zu 10 Minuten,

Die Redezeit kann innerhalb einer Fraktion auf mehrere Redner aufgeteilt werden.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen einstimmig zu.

IV. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, die Punkte

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Das Festival ACHT BRÜCKEN/Musik für Köln darf nicht weiter im Ungewissen bleiben: Es muss auf langfristige Finanzierungsgrundlagen gestellt werden"
AN/1109/2016

und

- 6.1 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2018
3123/2015

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln.

Der Rat stimmt auch diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

V. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung einstimmig wie folgt fest:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Teil A

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 2 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Das Festival ACHT BRÜCKEN/Musik für Köln darf nicht weiter im Ungewissen bleiben: Es muss auf langfristige Finanzierungsgrundlagen gestellt werden"
AN/1109/2016
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 5 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltplanberatungen
- 6 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen
- 6.1 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2018
3123/2015
- 6.2 Ausbau des Stadtgartens zu einem Europäischen Zentrum für Jazz und aktuelle Musik
1847/2016
- 7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung
- 7.1 Haushaltsplan 2016/2017
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für den Bezirk Ehrenfeld
2127/2016
- 7.2 Beschluss der BV Porz vom 14.06.2016: Stadtverschönerung in den Bezirken
2194/2016

- 7.3 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln
0413/2016
(zurückgezogen)

- 8 Stellenpläne

 - 8.1 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
1557/2016

 - 8.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017
1127/2016

 - 8.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/ 2017
1620/2016

 - 8.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017
1698/2016

- 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2016/2017 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2020
2221/2016

Teil B

- 10 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt
1992/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1190/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1263/2016

Öffentlicher Teil

Teil A

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

- 2 **In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 2.1 **Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Das Festival ACHT BRÜCKEN/Musik für Köln darf nicht weiter im Ungewissen bleiben: Es muss auf langfristige Finanzierungsgrundlagen gestellt werden" AN/1109/2016**

Beschluss:

Das Festival *ACHT BRÜCKEN|Musik für Köln* muss erhalten werden. Die erforderlichen Mittel für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 sind bereitzustellen. Darüber hinaus muss dem Festival die nötige Perspektive und Planungssicherheit gegeben werden, indem die weitere Förderung und Bereitstellung der Mittel in erforderlichem und angemessenem Umfang zugesichert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Piraten **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

- 6.1 **AchtBrücken GmbH**
hier: Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2018
3123/2015

behandelt.

- 3 **Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 **Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltplanberatungen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

- 6 **In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen**
 - 6.1 **AchtBrücken GmbH**
hier: Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2018
3123/2015

Beschlüsse:

I. Mündlich vorgetragener Änderungsantrag von Ratsmitglied Börschel
hier: Alternativbeschluss aus der Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, der AchtBrücken GmbH zur Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ im Haushaltsjahr 2018 einen zweckgebundenen Betriebskostenzuschuss in Höhe des in der mittelfristigen Finanzplanung 2013-2018 ausgewiesenen Fehlbetrages von 582,7 Tsd. € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 23.06.2016:

- a. Auf Basis des Änderungsvorschlags zum Hpl 2016/2017 der Antragsteller zur Verwendung der Kulturförderabgabe wird für das Haushaltsjahr 2018 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 450.000 Euro – finanziert aus der Kulturförderabgabe - zur Verfügung gestellt. Die Mittelfreigabe erfordert einen Beschluss des Finanzausschusses auf Basis des vorzulegenden Wirtschaftsplans 2018.

- b. Die Achtbrücken GmbH stellt für 2018 einen Wirtschaftsplan für das Festival auf. Dabei sind alle geeigneten Möglichkeiten zur Aufwandsreduzierung und Ertragssteigerung zu nutzen und dem Aufsichtsrat, dem Ausschuss Kunst und Kultur sowie dem Finanzausschuss darzustellen. Der Wirtschaftsplan 2018 und eine mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2021 sind dem Aufsichtsrat, dem Ausschuss Kunst und Kultur sowie dem Finanzausschuss bis Mitte 2017 vorzulegen, um eine Beschlussfassung zu ermöglichen. Dabei soll eine Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 450.000 Euro zugrunde gelegt werden.
- c. Vorschläge zur Optimierung der Organisation und Durchführung des zukünftigen Festivals unter besonderer Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit werden dem Aufsichtsrat zusammen mit dem Wirtschaftsplan 2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt sowie dem Ausschuss Kunst und Kultur und dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam mit Punkt

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Das Festival ACHT BRÜCKEN/Musik für Köln darf nicht weiter im Ungewissen bleiben: Es muss auf langfristige Finanzierungsgrundlagen gestellt werden"
AN/1109/2016

behandelt.

- Die SPD-Fraktion erklärt im Anschluss, dass sie der Empfehlung des Finanzausschusses tatsächlich nicht zustimmen sondern – wie auch im Finanzausschuss - ablehnen wollte.

6.2 Ausbau des Stadtgartens zu einem Europäischen Zentrum für Jazz und aktuelle Musik 1847/2016

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 23.06.2016:

Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung Köln - im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen die Aufstockung des jährlichen Betriebskostenzuschusses an den Initiative Kölner Jazz Haus e.V. zum Zwecke des Ausbaus und Betriebes des Stadtgartens zu einem Europäischen Zentrum für Jazz und aktuelle Musik (siehe Konzept in der Anlage) in folgender Höhe:

Haushalts- jahr	BKZ laut Haushalts- plan	Projektmittel Übertrag	BKZ neu
2017	160.000 €	40.000 €	200.000 €
2018	260.000 €	40.000 €	300.000 €

Die Finanzierung des Konzeptes erfolgt in 2017 aus den im Rahmen der Verabschie-
dung der Haushaltssatzung im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung in der Teil-
planzeile 15 – Transferaufwendungen unter der Bezeichnung „Initiative Kölner Jazz
Haus“ angemeldeten 160.000 €. Zur weiteren Finanzierung erfolgt eine Umschichtung
von Projektmitteln in Höhe von 40.000 € aus dem Musiketat. Die Finanzierung in 2018
erfolgt durch die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel von 260.000 € sowie einer
Umschichtung von Projektmitteln in Höhe von 40.000 € aus dem Musiketat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie
bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

7.1 Haushaltsplan 2016/2017 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für den Bezirk Ehrenfeld 2127/2016

**Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am
23.06.2016:**

Die Angelegenheit ist erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

7.2 Beschluss der BV Porz vom 14.06.2016: Stadtverschönerung in den Be- zirken 2194/2016

**Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am
23.06.2016:**

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

7.3 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln 0413/2016

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu Ziffer II - Seite 3).

8 Stellenpläne

8.1 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 1557/2016

Beschluss gemäß Empfehlung des Finanzausschusses aus seiner Sitzung am 23.06.2016:

Beschluss:

Der Rat beschließt mit folgenden Änderungen und Ergänzungen den Stellenplan 2016/2017 als Anlage zum Haushaltsplan 2016/2017:

Liste 1 Mehr- u. Wenigerstellen

Dez.	Dst.	Stellen	Bemerkung
01	01/02	1 Stelle (A 12)	Verstärkung der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements (FABE)
04	404/6	3 Stellen (Soz.arb./Soz.päd. S15 Fg 7)	Schulsozialarbeit
04		1 Stelle (S12)	Stufenkonzept frühe Bildung/Flüchtlingskinder
57		2 Stellen (Vc/Vb – EG 9)	Überwachung Baumschutzsatzung

VI	66	6 Techn. Ang. (Ing.) Planer (A 12)	Mehrbedarf Ausführungsplanung Fahrradverkehr, Abstellanlagen, Bike&Ride, bezirkliche Radverkehrskonzepte (Köln mobil 2025), für 2016 (3 Stellen) und 2017 (3 Stellen)
----	----	------------------------------------	---

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

**8.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017
1127/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2016/2017 des Gürzenich-Orchesters Köln mit dem Hinweis zu, dass im Vergleich zu dem Stellenplan des Vorjahres keine Veränderungen im Hinblick auf Mehr-/ Wenigerstellen, Hebungen etc. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

**8.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/ 2017
1620/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2016/ 2017 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbürgermeisterin gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

8.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017 1698/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2016/2017 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe pro Köln zugestimmt.

9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2016/2017 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 2221/2016

Beschluss:

- I. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2016/2017 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehrausgaben nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.

- II. Weiterhin beschließt der Rat:

1. Konzeption und Aufbau eines kommunalen **Förderprogramms für die private Altbaumodernisierung** für die Vergabe von Zuschüssen (in 2017 1 Mio. €). Ziel ist es, mit den geförderten Maßnahmen eine CO₂-Reduktion zu erreichen. Anhand dieses Kriteriums ist eine gestaffelte Förderung z. B. von 5 bis 25 % der Kosten für die Sanierungsmaßnahme vorzusehen. Das Förderkonzept soll dafür geeignete Programme des Landes, des Bundes bzw. anderer Institutionen nutzen und in ein Förderprogramm einbeziehen. Dabei ist ggf. vertraglich sicherzustellen, dass für den Fall der Weitergabe der Kosten an Dritte (Mieter), der Zuschussanteil nicht berücksichtigt wird.
2. Der Wunsch zur Konzeption und Einrichtung eines kommunalen **Ökokontos** (inkl. Flächenpool) auf Basis des § 5a Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen (vgl. Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün vom 18.04.2013 sowie Vorlage 0241/2016) wird bekräftigt. Das Ziel der Einrichtung kommunaler Ökokonten liegt in der Beschleunigung und Flexibilisierung von Bau- und Planungsprojekten sowie in der Schaffung höherer Planungssicherheit. Ausschlaggebend hierfür ist die Möglichkeit zur zeitlichen und räumlichen Entzerrung von Eingriff und Kompensationsmaßnahme. Zudem wird ein Freiraum für konzeptionelle Planungsstrategien geschaffen: So können vorhandene wertvolle Flächen gezielt weiterentwickelt (Kernzonenentwicklung), in defizitären Landschaftsräumen neue Strukturen geschaffen (z. B. im Sinne eines Biotopverbundes) und Synergieeffekte (z. B. Wasser- und Naturschutz) verfolgt werden.
3. Bei Planung und Neubau von Grundschulen sind die Richtlinien so zu ändern, dass grundsätzlich **Zweifachsporthallen statt Einfachsporthallen** zu realisieren sind, wenn die benötigte Platzkapazität dafür vorhanden ist.
4. Mit der Prüfung einer **dreispurigen Führung der südlichen Rheinuferstraße** durch kontrollierte Ampelschaltung (z. B. Richtungswechselbetrieb mit Festzeitsteuerung), um den Verkehrsfluss zu optimieren.
5. Mit der Prüfung, ob frühzeitig vor der **Entscheidung über den Erwerb oder die Anmietung von Grundstücken oder Bauten** durch die Gebäudewirtschaft, die Feuerwehr oder andere Verwaltungsstellen in die Entscheidungsfindung ein spezialisiertes „Gutachter-Team“ eingebunden werden sollte. Ziel wäre eine umfassende Beurteilung der Beschaffenheit der möglichen Kauf- oder Mietobjekte, z.B. bezüglich Feuer- und Brandschutz, Statik, Umweltlasten usw., die in die späteren Verhandlungen einfließen müsste. Die Aufdeckung massiver Problemlagen nach Kauf oder Anmietung würde somit ausgeschlossen.
6. Mit der Entwicklung eines **Konzeptes zur energetischen Sanierung der Bürgerhäuser bzw. -zentren**, vergleichbar mit dem Aufbau eines eigenständigen Energiemanagements für die Kultureinrichtungen sowie die energetische Sanierung der städtischen Museen.
7. **Stadtklima- und Stadtverschönerungsprogramm für die Stadtbezirke** (Verwendung der Kulturförderabgabe): Die Verwendungskriterien werden

präziser gefasst und sind die Grundlage für das Vergabeverfahren ab dem Haushaltsjahr 2016.

III. Auf Empfehlung des JHA beschließt der Rat:

8. Mit der Konzepterstellung, wie schnellstmöglich eine **Ferienfreizeitskarte** für alle Kölner Schülerinnen und Schüler eingeführt werden kann, um damit einen Flatrate-Zugang zu verschiedenen Einrichtungen der Stadt (v.a. Freibädern) zu ermöglichen. Die Prüfung ist unter Berücksichtigung möglicher Beteiligungen privater Unternehmen durchzuführen.
9. Mit dem Ziel der Förderung einer selbstbestimmten Jugendarbeit ein Konzept „**JuLeiCa**“ zu erarbeiten. Das Konzept soll enthalten:

Für Inhaber der Jugendleiterkarte „JuLeiCa“ bis 27 Jahre seitens der Verwaltung gemeinsam mit dem Kölner Jugendring Möglichkeiten der Förderung auf Grundlage der „JuLeiCa Arbeitshilfe für Kommunen“ (siehe [http://www.juleica.de/uploads/media\(juleica-K_01\).pdf](http://www.juleica.de/uploads/media(juleica-K_01).pdf)) zu prüfen. Die Organisation und die Förderung der JuLeiCa in der Stadt Köln soll in Absprache mit der Verwaltung vom Kölner Jugendring durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppe Deine Freunde sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbürgermeisterin gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln und der Gruppe Piraten zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Walter verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

Teil B

- 10 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt
1992/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1190/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und von
Ratsmitglied Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1263/2016**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Frank:

Als Punkt 0 wird die Beschlussvorlage der Verwaltung wie folgt ergänzt:

Die nachfolgenden Maßnahmen beschließt der Rat zur standortunabhängigen Gefahrenabwehr. Über die Standortfrage der Rettungshubschrauberstation soll in einer der nächsten Sitzungen des Rates entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der AfD-Fraktion, der Gruppe pro Köln, der Gruppe Piraten sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung von Herrn Scholz (Deine Freunde) zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Verwaltungsvorlage:

0. Die nachfolgenden Maßnahmen beschließt der Rat zur standortunabhängigen Gefahrenabwehr. Über die Standortfrage der Rettungshubschrauberstation soll in einer der nächsten Sitzungen des Rates entschieden werden.
1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, für den ersten Bauabschnitt Los 1 (Westseite) die zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung weiteren Planungen sowie die Umsetzung der notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen einschließlich der erforderlichen Maßnahmen für den Umweltschutz durchzuführen. Die sich an die Entwurfsplanung anschließenden HOAI-Phasen 4 bis einschließlich 9 beinhalten unter anderem:
 - die Schaffung von sicheren Böschungswinkeln in Form einer auslaufenden Böschung,
 - die Aufbringung einer geeigneten Bodenauflast zur Haldenstabilisierung, welche gleichzeitig auch den Belangen des Umweltschutzes Rechnung trägt,
 - die Errichtung der für die Entwässerung des ersten Bauabschnitts notwendigen Bauten. Dazu gehören die für die Wasserführung notwendigen horizontalen Absätze im Hang (Berme) und zwei Regenrückhaltebecken einschließlich dem notwendigen Kanalbau mit Anschluss an das Kanalnetz der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) im Bereich der Istanbulstraße und Karlsruher Straße,
 - die Errichtung von Baustraßen
2. Der Rat erkennt die Kosten für den ersten Bauabschnitt (Los 1, Westseite) in Höhe der nach Abschluss der Leistungsphase 3 HOAI berechneten Kosten in Höhe von insgesamt 2.692.375,- € an (Grundlage gem. Anlage 8 (Kostenzusammenstellung

Lose 1-5): 1.810.000,- € netto, 2.153.900,- € brutto) zzgl. anteilig 25% Baunebenkosten in Höhe von 538.475,- €). Des Weiteren erkennt der Rat die anteiligen, nicht konkret für den Bauabschnitt bezifferbaren für Kosten für Regenrückhaltebecken und evtl. Kanäle, die nicht den einzelnen Phasen zugeordnet werden können, auf Basis der Kostenschätzung aus Anlage 8 (geschätzt 178.000,- € netto, 211.820,- € brutto und inkl. der Baunebenkosten in Höhe von 25% insgesamt 264.775,- €) an.

3. Der Rat beschließt, dass die Verwaltung für jeden weiteren Bauabschnitt nach Abschluss der jeweiligen Entwurfsplanung (HOAI Leistungsphase 3 gem. Auftrag vom 18.03.2016) einen eigenständigen Weiterplanungs- und Baubeschluss vorlegt. Im Unterschied zum Bauabschnitt 1 (Los 1, Westseite) werden dem Rat dabei in der Beschlussvorlage - soweit dies fachlich-technisch möglich ist - Alternativen vorgestellt.
4. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme erfolgt aus einer in 2015 gebildeten sonstigen Rückstellung in Höhe von 7.581.788 €.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe pro Köln zugestimmt.

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Petra Kramp
Schriftführerin